

# Einige Bemerkungen zur Globalisierung

*Kurt Rothschild †*

«Globalisierung» ist – ebenso wie Demokratie, Menschenrechte und anderes – einer jener vagen Begriffe, deren Inhalt und Umfang schwer zu definieren und abzugrenzen ist. Globalisierung hat – wie schon der Name sagt – eine räumliche Komponente, aber auch – als Prozess – eine zeitliche. Sie kann sich auf wirtschaftliche und / oder politische Fragen beschränken oder auch auf andere Elemente beziehen, wie Kultur, Wissenschaft, Identitäten etc. Hier geht es nicht darum, diese verschiedenen Aspekte zu vergleichen oder gar eine umfassende Definition des Begriffs zu entwickeln. Vielmehr sollen einige Aspekte der in neuerer Zeit sprunghaft angestiegenen Globalisierungsdebatten<sup>1</sup> unter besonderer Betonung der ökonomischen und politischen Elemente betrachtet werden.

Zunächst muss betont werden, dass es Globalisierungsprozesse – wie auch immer definiert – schon immer und seit Beginn der Neuzeit mit wachsendem Tempo gegeben hat. Sie erhalten durch die Akkumulation wissenschaftlicher und technischer Kenntnisse, welche die Basis für stets neue und intensivere Kontakte und Netzwerke erweitern, einen ständigen Antrieb. Politische Faktoren, Kriege und Naturkatastrophen können diese Erweiterung beeinträchtigen, aber die materielle Basis sorgt letzten Endes für einen säkular steigenden Trend. Globalisierung ist also kein neues Ereignis des ausgehenden 20. und des beginnenden 21. Jahrhunderts.

---

1 Gemäss EconLit, dem ausführlichsten Verzeichnis der Publikationen in ökonomischen Fachzeitschriften (derzeit mehr als 800 Exemplare), entwickelte sich die Zahl von Aufsätzen, in deren Titel das Wort Globalisierung (globalisation) vorkommt, folgendermassen: In den Jahrzehnten 1960/1970 und 1970/1980 gibt es keine einzige Eintragung. Danach steigen die Eintragungen steil an von 38 (1980/1990) auf 643 (1990/2000) und auf 2056 im Jahrzehnt 2000/2010.

Was also erklärt die in neuerer Zeit so gestiegene Aufmerksamkeit, die diesem Thema von Philosophen, Soziologen, Ökonomen, Politikern gewidmet wird.<sup>2</sup> Drei Faktoren dürften dafür besonders verantwortlich sein. Eines ist sicher die tiefgreifende Wirkung, welche die mikroelektronische Revolution und die mit ihr verbundenen Informations-, Kommunikations- und Beschleunigungsmöglichkeiten für die Errichtung und Bewältigung umfangreicher und weit verzweigter Organisationen auslöste. Der sprunghafte Anstieg in der Zahl und dem Einfluss transnationaler Konzerne, auf die heutzutage mehr als ein Drittel der Weltproduktion und zwei Drittel des Weltaussenhandels entfallen, ist dafür das spektakulärste, aber nicht das einzige Beispiel. Auch andere Organisationen, politische, wissenschaftliche und kulturelle, haben durch den technischen Fortschritt neue und erweiterte Verknüpfungsmöglichkeiten gewonnen.

Der zweite «revolutionäre» Faktor war der Zusammenbruch des Sowjet- und osteuropäischen kommunistischen Systems, der plötzlich neue und engere wirtschaftliche Kontakte und Veränderungen ermöglichte. Parallel mit dieser Neuordnung kam es auch zu einer stärkeren Verschiebung zur neoliberalen Ideologie eines weltweiten deregulierten Wirtschaftssystems. Und drittens fällt schliesslich in diese Periode die wachsende Erkenntnis, dass ökologische Faktoren einer ständig wachsenden Wirtschaft Grenzen setzen, die eine weltweite Zusammenarbeit erfordern, wenn man ernste Mangelerscheinungen und Naturkatastrophen vermeiden will.

Die vage Abgrenzung und Vielfältigkeit des Globalisierungsbegriffs hat zu einer ausufernden Literatur mit verschiedensten Einschätzungen und Bewertungen des Globalisierungsprozesses geführt. Ähnlich wie etwa vor fünfzig Jahren die Ausbreitung von Automatisierungsprozessen eine Flut von Artikeln mit dem Titel und Inhalt «Automation: Segen oder Fluch?» nach sich zog, finden wir in der heutigen Globalisierungsliteratur häufig – explizit oder implizit – diese bange Frage: Segen oder Fluch?<sup>3</sup>

---

2 Ulrich Beck spricht vom «neuen Rätsel- und Drohwort Globalisierung» (Beck 1998, S. 7).

3 Siehe zum Beispiel den Titel einer IMF-Publikation (IMF 2000): «Globalization: Threat or Opportunity?»

Wenn man bedenkt, dass Globalisierung zwar zum Teil sicherlich ein unaufhaltsamer historischer Prozess ist, aber doch auch durch gezielte Politik und andere Einflüsse bewusst beeinflusst werden kann, scheint eine solche Frage nicht irrelevant zu sein. Sie ist es aber, weil die Vielseitigkeit und Komplexität des Globalisierungsprozesses verschiedene und zum Teil interdependente Folgen hat, die je nach Interesse und Werturteil verschieden bewertet werden können. Eine einfache Antwort auf die Frage ob Globalisierung oder Globalisierungspolitik «Segen oder Fluch» («gut oder schlecht») sei, ist daher nicht möglich. Wohl aber ist es möglich Überlegungen über vermeidliche und unvermeidliche Vorteile und Nachteile von Globalisierungsprozessen und Globalisierungspolitik anzustellen.<sup>4</sup>

Eine zentrale Rolle in der Globalisierungsdebatte spielen zweifellos die Entwicklungen und Verflechtungen zwischen ökonomischen und politischen Faktoren, auf die nun etwas näher eingegangen werden soll. Eine Konfrontation dieser beiden Bereiche ist deshalb besonders relevant, weil im Globalisierungsprozess zwischen ihnen bedeutsame Wechselbeziehungen, Spannungen und Widersprüche bestehen, die sich aus unterschiedlichen Voraussetzungen, unterschiedlichen Interessenlagen und unterschiedlichen Akteuren ergeben.

Beginnen wir mit jenem wirtschaftlichen Bereich, in dem sich die Globalisierung besonders intensiv durchgesetzt hat, so stark, dass dieser Teilbereich häufig als die Globalisierung schlechthin betrachtet wird. Die externen Triebkräfte waren und sind hier die enormen neuen Möglichkeiten, die Wissenschaft und Technik im Bereich des Transportwesens und der Informations- und Kommunikationsprozesse geschaffen haben. Sie machen es möglich, grosse und weltweit agierende Unternehmen zu schaffen, die mit neuen Methoden wie «Outsourcing», «just in time production» und anderen Strategien Produktivitätssteigerungen erzielen können und die durch ihre Grösse oligopolistische Vorteile geniessen. Multi- und transnationale Firmen und Konzerne,<sup>5</sup> die sich rasch

---

4 Bezeichnend ist zum Beispiel, dass der bekannte Ökonom und Nobelpreisträger Joseph Stiglitz sowohl ein globalisierungskritisches Buch (Stiglitz 2002) wie ein globalisierungspositives Buch (Stiglitz 2006) geschrieben hat.

5 Normalerweise unterscheidet man zwischen multinationalen Konzernen, die ihren Sitz und Schwerpunkt in einem bestimmten Land haben, aber durch Filialen, Kunden und Lieferanten in anderen Ländern vertreten sind, und transnationalen Konzernen, deren weltweite Aktivitäten keinen solchen nationalen Kernstandort haben.

durch jährlich ansteigende Fusionen und Neugründungen vermehren, prägen den beschleunigten Übergang zu einer globalisierten Wirtschaftswelt. Begleitet wurde dieser Strukturwandel von einem Wandel der in den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts vorherrschenden Wirtschaftsideologie mit ihren wohlfahrtsstaatlichen Prioritäten («Soziale Marktwirtschaft») zu einer neoliberalen marktradikalen Präferenz für Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung und einen «kleinen», möglichst nicht-intervenierenden Staat.<sup>6</sup> Es ist offensichtlich, dass dieser ideologische Wandel vor allem den Interessen und der Logik dieser neuen internationalen Produktions- und Finanzkonzerne entsprach, die sich – in Gegensatz zu früheren Wünschen und Bindungen an den «eigenen» Staat – durch staatliche Eingriffe in ihren transnationalen Dispositionen behindert fühlen.

Es besteht kein Zweifel, dass diese Internationalisierung der Produktion und des Finanzwesens in mannigfacher Weise Produktivitätssteigerungen ermöglicht hat und somit zu einem höheren Wirtschafts- und Wachstumswachstum beitragen kann. In gewisser Beziehung ist sie ja nur eine Erweiterung des seit Adam Smith bekannten und von Freihandelstheoretikern immer betonten Vorteils einer internationalen Arbeitsteilung, die es jedem Land ermöglicht, sich verstärkt auf seine eigenen Produktionsvorteile zu konzentrieren. Ohne hier weiter darauf einzugehen, sei aber doch angemerkt, dass das klassische Argument für den Freihandel für den heutigen Liberalisierungsprozess nur beschränkt aussagefähig ist. Das klassische Argument besagte, dass verschiedene Länder aus natürlichen oder traditionellen Gründen verschiedene Waren und Dienstleistungen nur in unterschiedlichen Produktivitätsrelationen erzeugen können. Indem jedes Land sich auf seine relativen Vorteile konzentriert und durch Aussenhandel die anderen Waren kostengünstiger erwirbt, haben alle teilnehmenden Länder einen Vorteil. Unter heutigen Bedingungen liegen die Dinge zum Teil anders. Produktions- und Wettbewerbsvorteile sind vielfach nicht von Natur aus oder durch Tradition gegeben, sondern entstehen durch Kostensenkungen, die sich durch Massenproduktion oder durch geeignete Netzwerke von Produktionsschwerpunkten ergeben. Die Basis für günstige Produktionsbedin-

---

6 Dieser Wandel wurde mit den Regierungsantritten von Margaret Thatcher und Ronald Reagan um 1980 dramatisch sichtbar.

gungen in den diversen Staaten ist daher nicht von Natur aus gegeben, sondern kann zum Teil geschaffen werden, indem von staatlicher und privater Seite die Voraussetzungen für grössere leistungsfähige Produktionszentren und produktive Netzwerke geschaffen werden. Internationaler Warenaustausch ist daher nicht von vornherein für jeden Staat vorteilhaft. Die Bedingungen dafür müssen zum Teil geschaffen werden. Es kommt zu einer Standortkonkurrenz zwischen Staaten, bei der es sowohl Gewinner wie Verlierer geben kann.

Wenden wir uns nun der politischen Seite zu und einigen damit verknüpften nicht-ökonomischen Problemen. Ein grundlegender Unterschied zu dem eben besprochenen wirtschaftlichen Zusammenhang ist, dass in der Politik und anderen nicht-ökonomischen Bereichen keine so starken äusseren Triebkräfte für eine Globalisierung bestehen und dass die Beziehungen zum Teil besondere Konfliktelemente enthalten. Im Mittelpunkt solcher Betrachtungen steht meist die Rolle, die der Globalisierungsprozess in Zusammenhang mit der Existenz von Nationalstaaten spielt.

Wenn man – wie das gelegentlich geschieht – zwischen «Internationalisierung» und «Globalisierung» unterscheidet, wobei Internationalisierung eine steigende Verflechtung unterschiedlicher Gebiete und Institutionen bezeichnet, Globalisierung hingegen das Hineinwachsen in ein gemeinsames Gebiet mit gemeinsamen Institutionen, so ist es offensichtlich, dass es in der Wirtschaft deutliche Globalisierungstendenzen gibt mit weltweit wirkenden Institutionen und Regulierungen (z. B. Internationaler Währungsfonds, Welthandelsorganisation), im ausserwirtschaftlichen Bereich (Politik, Kultur, Recht, Soziales) jedoch zwar deutliche Internationalisierungstendenzen, aber nur wenig Anzeichen einer Globalisierung. Nationalstaaten haben zwar in Zusammenhang mit der Globalisierung beträchtliche Abstriche von ihrer Souveränität hinnehmen müssen, aber sie spielt immer noch eine entscheidende und differenzierende Rolle im Leben und für das Leben ihrer Bürger. Der Unterschied zwischen der rapiden Etablierung eines einheitlichen wirtschaftlichen Rahmens in der EU und anhaltend differenzierenden nationalen Besonderheiten und Entwicklungen illustriert diesen Tatbestand.

Die Frage ist nun, ob dieser Unterschied zwischen einer globalisierten Wirtschaft und einer nur internationalisierten politischen Welt bloss ein Übergangszustand zu einer globalen Welt und Weltregierung

(bzw. Kontinentalregierung) oder ein Dauerzustand ist. Oder kurz formuliert: Stirbt der Nationalstaat mit seinen spezifischen Institutionen und seinen spezifischen Traditionen? Wenn man sich dieser Frage zuwendet, darf man nicht vergessen, dass die Wirtschaft zwar notwendigerweise ein wichtiger und äusserst umfangreicher Bestandteil politischer und nationalstaatlicher Tätigkeit ist, aber die Qualität ihrer Beschaffenheit ist nicht das einzige Ziel dieser Tätigkeit. Andere Ziele können mit den Imperativen einer globalen Wirtschaft in Konflikt geraten. Angesichts dieses Konflikts spricht der Soziologe Ralf Dahrendorf von einer «Quadratur des Kreises» für den heutigen Nationalstaat. Er soll drei Ziele erfüllen, die aber miteinander unvereinbar sind. Diese drei Ziele sind:

1. Wettbewerbsfähigkeit in einer globalen Welt
2. Sozialpolitik zur Sicherung des nationalen Zusammenhangs
3. Beibehaltung demokratischer Freiheitsrechte.

Die Unmöglichkeit, diese drei grundlegenden Ziele gleichzeitig voll zu erfüllen, führt dazu, dass bei einem oder mehreren gewisse Abstriche gemacht werden müssen. Das ist der Hintergrund für Souveränitätsbeschränkungen sowie eine Ursache für Globalisierungsskepsis. Damit verbunden ist gelegentlich ein Vertrauensverlust gegenüber der Politik und den Politikern, die das gewünschte Zielbündel nicht hundertprozentig realisieren können.

Globalisierungsfanatiker und Globalisierungsoptimisten erwarten längerfristig ein Verschwinden dieser Schwierigkeiten durch ein allmähliches Absterben der Nationalstaaten und die Entstehung einer Weltgesellschaft mit Weltbürgern, einer weltweiten Regierung und weltweit geltenden Regeln und Institutionen. Diese utopische Vision übersieht aber, welche bedeutende Rolle die historisch gewachsenen Differenzierungen, die sich in den Nationen verfestigt haben, für die Identitätsfindung der Menschen spielen. Zwar gibt es infolge der enorm gewachsenen Mobilität und Information des modernen Menschen deutliche Internationalisierungserscheinungen in Mode, Kunst, Wissenschaft etc. Aber nationale und nationsähnliche Grenzen, innerhalb deren sich durch lange Zeit spezifische sprachliche, religiöse, kulturelle und politische Tendenzen entwickelt haben, stellen eine nicht leicht überwindbare Hürde für ein Weltbürgertum dar (unabhängig davon, ob man ein solches für wünschenswert hält oder nicht). Menschen benötigen be-

stimmte Institutionen (im weitesten Sinn) und Traditionen für ihre Identitätsbildung und ihre gesellschaftliche Solidaritätsbereitschaft.<sup>7</sup>

Örtliche und / oder gruppenspezifische Gemeinsamkeit, also «Nähe» im weitesten Sinn, spielt dabei eine gewichtige Rolle. So lässt sich zum Beispiel normalerweise ein abnehmendes Solidaritätsgefühl und abnehmende Anpassung in folgender Kette erkennen: Familie / Freunde / Wohnort / Region / Staat / Welt. In dieser Kette spielen Familie und Staat sicher bedeutende Rollen. Wiewohl diese im Laufe des Internationalisierungsprozesses einiges von ihrer Prägungskraft verloren haben, dürften sie doch noch für lange Zeit als lebensfähige und relevante identitätsstiftende Institutionen bestehen bleiben. Man kann also damit rechnen, dass der Globalisierungsprozess noch lange Zeit die Welt und die einzelnen Staaten beschäftigen wird. Wie bereits erwähnt, sind dabei Schwierigkeiten unvermeidlich, für deren Beseitigung es keine Patentrezepte geben kann. Aufgabe für die nationale und internationale Politik kann es nur sein, Kompromisse zu finden, die es ermöglichen, grössere Schwierigkeiten und Krisen möglichst zu vermeiden.

Was die einzelnen nationalen Staaten betrifft, lassen sich verschiedene, aber überlappende Aufgabenbereiche unterscheiden, um sowohl den Herausforderungen der Globalisierung wie der Wahrung der nationalen Identität und Solidarität zu entsprechen. Zunächst wird die Hauptaufgabe darin bestehen, einen Überblick und möglichst weitgehenden internationalen Konsens darüber zu finden, in welchen Bereichen Globalisierungstendenzen überwiegend positiv wirken oder unaufhaltsam sind und solchen, die zwar auch globalisiert werden können, aber ebenso gut oder besser von den einzelnen Ländern gemäss ihren Traditionen und demokratischen Entscheidungen geregelt werden können. Was die internationale Zusammenarbeit betrifft, besteht die schwierige, aber wichtige Aufgabe darin, internationale Institutionen und Regeln zu finden, die eine möglichst effiziente und konfliktfreie Zusammenarbeit zwischen den Staaten ermöglichen. Beispiele, wenn auch noch nicht ideale, sind die WTO (Welthandelsorganisation) oder die WHO (Weltgesundheitsorganisation). Besteht in diesem Zusammenhang die Schwierigkeit darin, einen Konsens für internationale Institutionen und Lösungen zu finden, so gilt für die spezifisch nationalen Ziele eher die

---

7 Siehe dazu Kellenberger (1996).

Aufgabe, sich vor der Zentralisierungstendenz globaler Prozesse und Institutionen, die alle Agenden an sich ziehen wollen, zu schützen. Die Beibehaltung national gewachsener Differenzierung im kulturellen und sozialen Bereich, aber auch in einigen wirtschaftlichen Bereichen, ist nicht nur aus Effizienzgründen, sondern auch aus Gründen der Identitätsbedürfnisse der Menschen berücksichtigenswert. Das ist der Grundgedanke des Subsidiaritätsprinzips, das ja auch in der EU als Grundsatz verankert ist, wiewohl es nicht immer eingehalten wird.<sup>8</sup>

Zwei weitere nationale Problemelemente, die ich erwähnen möchte, beschränken sich auf die wirtschaftliche Globalisierung, die ja die am weitesten fortgeschrittene und dynamischste Variante der Globalisierung ist. Um in diesem Globalisierungsprozess möglichst erfolgreich bestehen zu können und damit auch die Grundlage für einen grösseren Spielraum spezifisch nationaler und nicht-ökonomischer Ziele zu schaffen, sind zwei Strategieelemente von Bedeutung. Das erste betrifft generelle Massnahmen zur Stärkung der Stellung des Landes in einer wachsenden internationalen Standortkonkurrenz. Die potenzielle Mobilität der Produktion eines grossen Teils international handelbarer Güter und Dienstleistungen zwingt die Staaten in einer liberalisierten Welt Voraussetzungen zu schaffen, die von den international agierenden Produzenten als günstig angesehen werden. Diese Voraussetzungen sind nicht nur wirtschaftlicher Natur, sondern betreffen auch politische und soziale Aspekte. Neben engeren wirtschaftlichen Fragen, wie Ausbildung der Arbeitskräfte und Bereitstellung einer effizienten Infrastruktur, geht es auch um Vertrauenswürdigkeit in Politik und Verwaltung, um Forschungsräume und nicht zuletzt um Lebensqualität im Allgemeinen. Etwas vage ausgedrückt, es muss ein gewisses Ambiente erzeugt werden, um in der globalen Standortkonkurrenz einen guten Platz zu erobern.

Der zweite Faktor, den ich erwähnen möchte, ist speziellerer Natur. Während es im eben erwähnten Fall darum ging, ganz allgemein auf breiter Front nationale Voraussetzungen für die Konkurrenzfähigkeit vieler Güter und Dienstleistungen zu schaffen, die weltweit erzeugt und abgesetzt werden (können), geht es hier darum, durch spezielle Massnahmen für eine bestimmte Ware oder einen bestimmten Industriezweig eine Vorrangstellung in der globalen Wirtschaft zu erlangen. Soweit es

---

8 Zum Problem der Subsidiarität siehe Batliner / Riklin (1994).



sich um Rohstoffe wie Erdöl oder um Klimavorteile handelt, sind solche Sonderstellungen von Natur aus gegeben. Industrielle Güter und Dienstleistungen sind aber meist nicht an solche Grenzen gebunden («footloose») und können im Prinzip überall platziert werden. Es zeigt sich aber, dass in der heutigen Welt mit ihren komplexen und dynamischen Technologien und der Vernetzung von verschiedenen Aktivitäten eine lokale Konzentration beträchtliche Produktivitätssteigerungen ermöglicht. Sowohl Produktion wie Information und Forschung gewinnen durch lokale Nähe produktive Vorteile, die dann durch Kostensenkungen bei Massenproduktion noch verstärkt werden können. Industrielle Produktionsvorteile sind somit nicht immer naturgegeben, sondern können durch eine gezielte Industrie- und Regionalpolitik geschaffen und / oder unterstützt werden.<sup>9</sup>

Mit den durch die Globalisierung und durch verbesserte Transport- und Informationsprozesse ermöglichten weltweiten Absatzmöglichkeiten erhalten regionale Entwicklungen und Regionalpolitik eine erhöhte Bedeutung. Man unterscheidet daher heute gelegentlich zwischen «Globalisierung», d.h. weltweite Konkurrenz zwischen den diversen Waren und Dienstleistungen (Standortkonkurrenz) und «Glokalisierung», womit die Bildung von regionalen Schwerpunkten als ein Zentrum für die weltweite Erzeugung bestimmter Produkte bezeichnet wird. Dieser Umstand ist vielleicht nicht unbedeutend in Zusammenhang mit der immer wieder auftauchenden Diskussion über den Einfluss der Staatengrösse auf wirtschaftliche Möglichkeiten und Erfolge.<sup>10</sup> Ohne hier auf diese Diskussion im Detail einzugehen, soll doch darauf hingewiesen werden, dass der Globalisierungsprozess für diese Diskussion nicht ganz irrelevant ist. Soweit grosse Staaten (USA, China) durch ihre blosse Grösse ein besonderes politisches Gewicht haben, bleibt dieses natürlich bestehen und gibt ihnen einen Vorteil bei der Entwicklung und Festlegung globaler Politik und globaler Regelungen. Aber im wirtschaftlichen Bereich könnten sich gewisse Verschiebungen ergeben. Vor allem verlieren manche Unterschiede zwischen kleinen und Kleinststaaten (Österreich, Liechtenstein) einerseits und mittelgrossen und grossen Staaten (Polen, Deutschland) andererseits an Bedeutung. Mit fortschrei-

---

9 Ein klassisches Beispiel ist das Silicon Valley.

10 Siehe dazu Batliner (2007) und Merki (2007).

tender Globalisierung und Liberalisierung verlieren die grösseren Staaten frühere protektionistische und semi-protektionistische Möglichkeiten, eine umfangreiche Produktion bevorzugt auf dem grossen Heimmarkt zu fördern. Damit konnte auch ein grösserer Spielraum für eine nationale Wirtschafts- und Sozialpolitik geschaffen werden. Solche Möglichkeiten standen kleinen Staaten weniger zur Verfügung. Mit der internationalen Öffnung der Handelsbeziehungen verringern sich diese protektionistischen Möglichkeiten oder verschwinden zur Gänze. Die mittelgrossen Staaten nähern sich dem Bild der Kleinstaaten, die schon immer in grösserem Mass für Erzeugung und Absatz auf den Weltmarkt angewiesen waren. Soweit Regionalpolitik (Glokalisierung) möglich ist und an Bedeutung gewinnt, verringert sich die Bedeutung der Staatengrösse ebenfalls. Kleine Staaten können ebenso wie grössere Regionalpolitik betreiben, wenn auch nicht in gleicher Zahl und Risikostreuung. Jedenfalls besteht kein offensichtlicher Grund, dass Kleinstaaten in ihrer Existenz durch die Globalisierung essentiell bedroht sind. Gemeinsam mit den grösseren Staaten verlieren sie Souveränitätsbestandteile und stehen vor der Aufgabe, sich durch genügende Flexibilität an einen fortschreitenden Globalisierungsprozess anzupassen. Aber dies bedeutet nicht, dass sie die Möglichkeit verlieren, wirtschaftlich und kulturell ihre Identitätsschaffende Funktion zu behalten und zu fördern.<sup>11</sup>

---

11 Das Liechtenstein-Institut und die Hochschule leisten einen wesentlichen Beitrag für diese identitätsstiftende Aufgabe.

## Literatur

- Batliner, G. (2007), Liechtenstein unter den Bedingungen der europäischen Integration und Globalisierung, in: Langewiesche, D. (Hrsg.), Kleinstaaten in Europa, LPS 42, Schaan, S. 11–31.
- Batliner, G. und Riklin, A. Hrsg. (1994), Subsidiarität. Ein internationales Symposium. Nomos, Baden-Baden.
- Beck, U. Hrsg. (1998), Politik der Globalisierung, Suhrkamp, Frankfurt.
- Dahrendorf, R. (1998), Anmerkungen zur Globalisierung, in: Beck, U. (Hrsg.), Perspektiven der Weltgesellschaft, Suhrkamp: Frankfurt, S. 41–54.
- Kellenberger, R. (1996), Kultur und Identität im kleinen Staat. Das Beispiel Liechtenstein, ARCult, Bonn.
- Merki, Ch. M. (2007), Kleine Staaten, grosser Erfolg?, in: Langewiesche, D. (Hrsg.), Kleinstaaten in Europa, LPS 42, Schaan, S. 205–222.
- Stiglitz, J. (2002), Globalization and its Discontents, W.W. Norton, New York.
- Stiglitz, J. (2006), Making Globalization Work, W.W. Norton, New York.12

